

## Die Elternzeit bleibt chancenlos

**Standesinitiative** Die Weinfelder Mitte-Kantonsrätin Petra Merz und Parteikollege Patrick Siegenthaler aus Herdern fordern per Motion eine Standesinitiative für eine nationale Elternzeit. Ihr Anliegen: mindestens 20 Wochen Elternzeit, wovon die Mutter mindestens 14 Wochen beziehen muss, der Vater mindestens drei. Die Stettfurter GLP-Kantonsrätin Nicole Zeitner ist überzeugt: «Die Elternzeit ist eine Win-win-Situation für Familie und Gesellschaft.» FDP-Kantonsrätin Michèle Strähl aus Weinfelden ist anderer Meinung: «Der Staat wird zum Selbstbedienungsladen, die Zeche zahlt, wer arbeitet.»

Weil auch SVP, EDU und sogar die Partei der Vorstösler selbst gegen die Motion sind, ist sie chancenlos: Der Grosse Rat lehnt sie mit 71 Nein-Stimmen zu 43 Ja ab. (ste)

## TKB: 260 Franken pro Thurgauer

**Kantonalbank** Der Grosse Rat hat den Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht 2023 der Thurgauer Kantonalbank (TKB) einstimmig gutgeheissen. Zudem wurde PwC als Revisionsstelle bestätigt. Die TKB hat 2023 einen Gewinn von 159 Millionen Franken erzielt – ein neuer Rekord. «Die Zinswende hat viel zum positiven Ergebnis beigetragen», sagte Sabina Peter Köstli (Mitte) als Kommissionsprecherin. Durch Abgaben profitiere die öffentliche Hand mit 260 Franken pro Thurgauerin und Thurgauer. (hs)

## Journal

### Ein Einbürgerungsgesuch wird abgelehnt

**Bürgerrecht** Der Grosse Rat hat 129 von 130 Einbürgerungswilligen das Thurgauer Bürgerrecht verliehen. Ein Gesuch hingegen wurde deutlich abgelehnt. Der Grund: Der Gesuchsteller will den geforderten Test «Die Schweiz kennen und verstehen» nicht machen. Daraus zog die Justizkommission den Schluss, es mangle dem Gesuchsteller an Integrationswille. (hs)

## Gsaat isch gsaat

### «Wenn das in diesem Tempo weitergeht, sind wir bis zur Mittagspause vollzählig.»

Grossratspräsident Andreas Zuber (SVP, Märstetten) muss die Zahl der Anwesenden zweimal nach oben korrigieren.

### «Die TKB ist unser Thurgauer Tafelsilber.»

Peter Bühler (Mitte, Ettenhausen) schätzt die Thurgauer Kantonalbank, hält sie aber für nicht systemrelevant.

### «Heute könnte es später werden.»

Zu seiner letzten Sitzung als Kantonsrat ist Vico Zahnd (SVP, Weingarten) mit dem Postauto angereist. (ste)

# Die Jäger blasen den Marsch

Parlamentarische Initiative zurückgezogen – Chancen für eine neue Jagdschiessanlage im Thurgau wieder intakt.

Hans Suter

Überraschungen und Kampfgeist, Herzblut und Emotionen: Die Sitzung des Thurgauer Grossen Rates vom Mittwoch bietet fast alles, was es für einen spannenden Krimi braucht. Auch visuell. Eine halbe Stunde vor Sitzungsbeginn steht bereits ein gutes Dutzend Thurgauer Jäger mit Transparenten und Blasinstrumenten auf dem Trottoir gegenüber dem Raatssaal in Frauenfeld.

Sie spielen aber nicht zu Ehren der 30 scheidenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die an diesem Mittwoch zum letzten Mal an einer Grossratsitzung teilnehmen. Vielmehr spielen sie mit Inbrunst auf, um dem Parlament einmal tüchtig den Marsch zu blasen.

Dazu haben die Jäger auf zwei weissen Transparenten in roter Schrift klare Botschaften mitgebracht: «Keine Schwächung Jäger-Miliz! Wir wollen nicht ins Exil!» steht auf dem einen, «Kein Kompromiss Waffen-Handhabung – Ja für TG Jagdschiessanlage!» auf dem anderen.

### Jagdschiessanlage: Debatte mit Spannung erwartet

Die Jäger haben sich auf Traktandum 9 der Tagesordnung eingeschossen. Eine parlamentarische Initiative (PI) von fünf Ratsmitgliedern aus SVP, FDP, GLP und EDU soll über eine Gesetzesänderung bewirken, dass der Kanton nicht länger verpflichtet ist, den Thurgauer Jägerinnen und Jägern auf Kantonsgebiet eine Jagdschiessanlage zur Verfügung stellen zu müssen. Stattdessen soll der Regierungsrat freie Hand erhalten, anstelle einer eigenen Anlage im Thurgau Nutzungsvereinbarungen mit Betreibern von ausserkantonal gelegenen Jagdschiessanlagen abzuschliessen.



Etwa zwei Dutzend Jäger empfangen die Mitglieder des Grossen Rates vor der Sitzung und spielen ihnen ins Gewissen.

Bild: Hans Suter

Davon will man bei Jagd Thurgau nichts wissen. Die rund 600 Jägerinnen und Jäger fordern, dass die geplante neue Jagdschiessanlage im Gebiet Heckenmos in Müllheim realisiert wird. Und zwar zügig, weil die Bewilligung für die bestehende Anlage Ende 2025 ausläuft.

84 der 130 Ratsmitglieder haben jedoch den Vorstoss mitunterzeichnet. Die Jäger müssen auf ein Wunder hoffen. Rund sechs Stunden später dürfen sie den 70er-Jahre-Hit «Wunder gibt es immer wieder» von Katja Ebstein nachsummen.

Nach dem Mittag dringen Gerüchte durch, die parlamentarische Initiative werde zurückgezogen. Mittlerweile hätten

sich zu viele Ratsmitglieder umstimmen lassen, sodass keine Mehrheit mehr zustande käme. Gerücht oder Wahrheit? Erstunterzeichner Kurt Baumann (SVP, Sirmach) klärt die Situation: «Nach Rücksprache mit den Initianten ziehen wir heute die parlamentarische Initiative zurück», sagt er im Rat.

Massive Kostensteigerung, eine ungenügende Kreditbotschaft mit offenen Fragen und fehlendem Einbezug der Thurgauer Jägerschaft hätten im Dezember zur Zurückweisung des Objektkredits von 9,2 Millionen Franken geführt. «Wir erwarten aber, dass nun schnell ein überarbeitetes Projekt in den Rat gebracht wird», betont Baumann.

«An die Jägerschaft haben wir die Erwartung, dass der Betrieb durch sie sichergestellt und übernommen wird und diese Anlage dann auch wirklich genutzt wird.»

### Ein Herzengeschäft von Cornelia Komposch

Der zuständigen Regierungsrätin Cornelia Komposch ist die Erleichterung anzusehen. «Es ist nicht irgendein Geschäft, es ist ein Herzengeschäft», sagt sie emotional. Die Annahme der PI wäre «eine Desavouierung unserer Jägerinnen und Jäger gewesen». Sie erinnert daran, wie wichtig die Jägerinnen und Jäger als Partner der Land- und Forstwirtschaft, aber auch der Gesell-

schaft sind. Mit Hochdruck werde nun an der Überarbeitung der Vorlage gearbeitet, die dem Grossen Rat noch vor den Sommerferien vorliege.

Im Ratssaal herrscht spürbar Erleichterung. Bedauert wird lediglich, dass durch den Rückzug der PI keine Debatte stattfinden können. Für den scheidenden GLP-Kantonsrat Ueli Fisch, Otterberg, wäre es das letzte Votum im Grossen Rat gewesen. Mitte-Kantonsrat Gabriel Walthöny, Sirmach, ist dennoch froh: «Diese parlamentarische Initiative zielte darauf ab, aufgrund kurzfristiger finanzpolitischer Überlegungen die Thurgauer Jagd fundamental zu schwächen.»

## «Sie sind ein Gewinn für die Bildungslandschaft»

**Abschied** Die abtretende Regierungsrätin Monika Knill hat sich am Mittwoch mit dem 60. Seiten dicken Bildungsbericht 2018–2023 aus dem Grossen Rat verabschiedet. «Ich freue mich, dass er mein letztes Geschäft ist», sagt sie. «Denn in der vorberatenden Kommission wurde unglaublich bereichernd und wertschätzend diskutiert.»

Alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte, die sich zum Geschäft äussern, gehen nicht nur auf den Inhalt des Berichts ein, sondern würdigen auch Knills Arbeit während 16 Jahren als Bildungsdirektorin. Am deutlichsten tut dies der Frauenfelder SVP-Kantonsrat Andreas Wirth: «Sie haben das Departement geprägt, waren und sind ein Gewinn für die Thurgauer Bildungslandschaft.» Am Bericht selbst bemängeln Wirth und auch der Kreuzlinger GLP-

Kantonsrat Reto Ammann den kurzen Ausblick in die Zukunft – er füllt nur zwei der 60 Seiten. Ammann sagt: «Ein Bildungsbericht ohne Ausblick ist wie Ghackets mit Hörnli ohne Apfelmus.»

Der Romanshorer Mitte-Kantonsrat Jürg Marolf weist auf den wachsenden Sonderschulbedarf hin – gemäss Bildungsbericht ist die Zahl der Sonderschülerinnen und -schüler von 849 im Jahr 2018 auf 1036 im Jahr 2022 gestiegen. Marolf fordert: «Im nächsten Bildungsbericht soll dieser Aspekt ins Zentrum gerückt werden.» EDU-Kantonsrat Lukas Madörin aus Weinfelden will den Fokus lieber auf die Eltern richten. Sie seien in der Bildung zum «Feindbild Nummer eins geworden», sagt er, und kündigt eine Interpellation zum besseren Einbezug der Eltern an. (ste)

## Der Bundesrat erhält eine Einladung aus dem Thurgau

**Fragestunde** Seit 2010 hält der Bundesrat Sitzungen «extra muros», ausserhalb des Bundeshauses, ab. 19 sind es unterdessen in 17 Kantonen – der Thurgau war noch nicht dabei. Ob es nicht an der Zeit wäre, dem Bundesrat beliebt zu machen, eine der nächsten Sitzungen im Thurgau abzuhalten, wollte SVP-Kantonsrat Urs Schär (Eggethof) in der Fragestunde wissen. Doch, fand Regierungsräsident Urs Martin. «Wir werden dem Bundesrat eine entsprechende Einladung zukommen lassen.»

Auf offene Ohren stiess auch GLP-Kantonsrätin Nicole Zeitner (Stettfurt). Sie regte an, jetzt, wo der Wolf zurück im Thurgau sei, einen runden Tisch mit allen betroffenen Akteuren einzurichten. «Wir unterstützen die vorgeschlagene Kontaktgruppe», betonte Regierungsrätin Cornelia Komposch. In die Defensive

geriet Komposch, als SVP-Kantonsrätin Aline Indergand (Altnau) einen E-Bike-Diebstahl mitten am Tag in Weinfelden schilderte, verbunden mit einem kleineren Hürdenlauf bis zur Anzeige. Die Regierungsrätin betonte, dass die Polizei mit Präsenz und Schwerpunktaktionen präventiv wirke. Die Online-Anzeigemöglichkeit werde «regelmässig genutzt».

SVP-Kantonsrat Hermann Lei (Frauenfeld) forderte die Regierung auf, die TZ-Abos in der Verwaltung zu kündigen, weil die TZ immer mehr mit Fake-News auffalle. Man habe nicht die Absicht, hier etwas zu ändern, so Urs Martin. «Die TZ ist ein regional unersetzbares Medium, das mit professioneller und vielseitiger Berichterstattung einen wichtigen Beitrag für die öffentliche Diskussion im Thurgau leistet.» (ck)

## Für Menschen mit Behinderung

**Konzept** Der Grosse Rat hat das «Rahmenkonzept für die Bereiche Wohnen und Arbeiten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Kanton Thurgau» wohlwollend zur Kenntnis genommen. Es geht zurück auf einen Antrag der Stettfurter GLP-Kantonsrätin Nicole Zeitner. Das Rahmenkonzept sei nach dem Motto «nichts über uns ohne uns» erarbeitet worden, lobt sie: «Der wichtige Einbezug von Experten – der Menschen mit Behinderung – hat stattgefunden.»

Die Grossratsfraktionen sind sich ausnahmslos einig. SVP-Kantonsrat Urs Schär aus Langrickenbach sagt: «Auch Menschen mit Behinderung wollen dort sein, wo das Leben spielt.» Dieser Gedanke ziehe sich durch das Konzept wie ein roter Faden, versichert Kurt Baumann (SVP, Sirmach), Präsident der vorbereitenden Kommission. (ste)